

Michael Kauch

- (A) Datenbasis in der Bundesregierung vorbereitet, wenn Ihre Vorstellungen derart weit auseinandergehen?

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch beim Erneuerbare-Wärme-Gesetz, das Frau Flachsbarth gerade sehr gelobt hat, muss man sich die Frage stellen, ob Sie die Ziele, die Sie einmal ausgegeben haben, erreichen oder überhaupt noch verfolgen. Sie sind beim Erneuerbare-Wärme-Gesetz einmal mit dem Anspruch angetreten, die erneuerbare Wärme zu fördern, ohne Haushaltsmittel einzusetzen. Haushaltsneutralität war Ihr Anliegen. Es gab zum Beispiel von der SPD-Fraktion Vorschläge, wie man das hätte machen können. Im Ergebnis haben Sie sich auf nichts geeinigt.

(Beifall bei der FDP – Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Das wissen Sie doch gar nicht!)

Dadurch, dass Sie das Erneuerbare-Wärme-Gesetz auf Neubauten beschränken, werden Sie den wesentlichen Teil der Gebäude nicht erfassen. Um das auszugleichen, wird das Marktanreizprogramm nicht auslaufen, sondern die Subventionen werden nach dem Motto „Viel hilft viel“ verdoppelt, weil Ihnen nichts einfällt.

(Beifall bei der FDP)

Schauen wir uns an, wie es denn mit der Technologieoffenheit dieses Gesetzes aussieht. Das ist ein Solarthermie-Förderprogramm, und zwar deshalb, weil Sie das Biogas diskriminieren, weil Sie das Biogas auf wenige Anwendungen einschränken, anstatt eine Wettbewerbsgleichheit der Technologien zu ermöglichen. Ein anderes Beispiel für Ihre fehlende Technologieoffenheit ist die Erleichterung des Zwanganschlusses an Fernwärme nach dem Motto: Die Leute sollen ihre Gasheizung herausreißen, damit sie zwangsweise an Fernwärmenetze angeschlossen werden können. – Das ist im Entwurf der Bundesregierung enthalten. Man kann nur hoffen, dass das noch herausfliegt, aber ich habe da wenig Hoffnung.

(B)

(Beifall bei der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Da sind wir schon bei einer handvoll Lügen!)

Es bleibt abzuwarten, ob die Bundesregierung dieses Chaos beendet und wenigstens den Rest ihres Klimaprogramms noch vor der Sommerpause beschließt.

Auf der politischen Bühne der Welt gibt die Kanzlerin gerne die große Klimaretterin.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist sie!)

Aber man muss dazu ein bisschen mehr machen, als nur das Scheckbuch zücken.

(Beifall bei der FDP)

Man muss auch ein Konzept haben, wie man es für andere Staaten attraktiv macht, die Vorreiterrolle Deutschlands zu sehen und uns in ein neues Klimaabkommen zu folgen.

Wenn Sie derart uneins sind, wie Sie es hier zeigen, dann senden Sie kein Signal in die Welt. Bei der Kanzlerin muss man sich schon fragen, wo sie Führungsstärke zeigt. Sie lässt zu, dass die Minister sich streiten und

dass die Vorschläge zerredet werden. Seitens des Wirtschaftsministeriums wird ständig gestänkert; es gibt keine konstruktiven Vorschläge. Herr Glos ist heute nicht einmal hier, um seine immer wieder gegen das Umweltministerium gerichteten Vorschläge zu begründen. Es fehlt an ordnungspolitischer Orientierung in diesem Wirtschaftsministerium. Die Anwesenheit der Staatssekretäre reicht an dieser Stelle eben nicht aus.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Ulrich Kelber [SPD] und der Abg. Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn die Kanzlerin dieses Chaos der Minister so weiter zulässt, dann wird dieses Führungsproblem auch ein Führungsproblem der Bundeskanzlerin. In diesem Sinne war es durchaus notwendig, dass wir hier über die Uneinigkeit der Bundesregierung sprechen; denn sie gefährdet die nationalen Interessen dieses Landes. Dazu gehört der Klimaschutz in einem globalen Vertragswerk. Das können wir nur erreichen, wenn wir hier klare Botschaften in die Welt senden und kein Chaos anrichten.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Das Wort hat nun der Kollege Ulrich Kelber für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Josef Göppel [CDU/CSU])

Ulrich Kelber (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wissen, dass Deutschland bis 2020 den Ausstoß von Treibhausgasen um 40 Prozent gegenüber 1990 senken will. Wir haben in den letzten Wochen erfahren müssen, dass sich der Ölpreis in einem gewissen Zeitraum verdoppelt hat. Darauf kann Deutschland eigentlich nur eine Antwort geben, nämlich den Ölverbrauch zu halbieren, durch mehr Effizienz und durch den Ausbau von erneuerbaren Energien, und das mit einer Technologie, die nicht nur den Ölverbrauch halbiert, sondern auch den Gas- und Stromverbrauch sowie den Verbrauch von Kohle reduziert.

Eine solche integrierte Strategie ist die richtige Antwort, weil sie gut für den Klimaschutz und gut für den Geldbeutel ist. Denn wenn man weniger Energie verbraucht, schlagen selbst steigende Weltmarktpreise auf die Rechnung nicht so durch. Außerdem ist diese Strategie gut für Jobs. Bereits jetzt haben wir 250 000 Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien. Bis 2020 wird ihre Anzahl auf eine halbe Million anwachsen. Das ist der Dreh- und Angelpunkt: Wir müssen heute in die niedrigen Energierechnungen von morgen, in die Versorgungssicherheit und in den Klimaschutz investieren.

Dazu gehört, dass die verschiedenen Maßnahmen für diese Investitionen – etwa das Wärmedämmungsprogramm oder das Marktanreizprogramm – noch einmal angepasst werden müssen, um vor allem denen zu helfen, die nicht selber über ausreichend Geld verfügen, um in weniger Energieverbrauch zu investieren. Wir dürfen die Menschen mit einem hohen Energieverbrauch bei

(C)

(D)

Ulrich Kelber

- (A) steigenden Energiepreisen nicht im Stich lassen. Wir können nicht die Weltmarktpreise beeinflussen; aber wir können jedem helfen, jedem Privathaushalt und jedem Unternehmen, den Energieverbrauch zu senken und damit die Energierechnungen bezahlbar zu halten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dazu gehören nicht nur Förderprogramme, sondern natürlich auch beherrzte Vorschriften für einen niedrigen Verbrauch, die für einen längeren Zeitraum gelten. Wir dürfen nicht nur sagen, wie es im nächsten Jahr aussehen soll. Es bedarf einer breitestmöglichen Mehrheit, damit niemand das Gefühl hat, nach der nächsten Wahl, wenn hier womöglich irgendeine andere Konstellation die Mehrheit hat, komme es wieder zu anderen Beschlüssen darüber, wie diese Vorschriften 2012, 2015 oder 2020 aussehen. Es muss klar sein, wie viel ein neugebautes Haus oder ein Automobil dann noch verbrauchen darf oder wie die Vorschriften für Elektrogeräte aussehen. Es geht darum, eines zu erreichen: einen Wettlauf der Ingenieure und Architekten zugunsten des Geldbeutels der Verbraucherinnen und Verbraucher und nicht nur um das bestaussehende Produkt. Es muss mehr Energieeffizienz in das System gebracht werden.

Ich habe mich bei der Kritik des Kollegen Kauch am Wirtschaftsminister gerade in der Tat zu einem Klat-schen hinreißen lassen; auch das muss man ansprechen.

(Michael Brand [CDU/CSU]: Das spricht nicht für Sie!)

- (B) Ich erwarte von einem Wirtschaftsminister, dass er dafür wirbt, dass im Land Investitionen vorgenommen werden, und nicht, dass er den Leuten einredet, dass Investitionen in weniger Energieverbrauch Kosten sind, die sie möglichst vermeiden sollten. Das ist das, was Herr Glos mit seinem Gerede in den letzten Monaten leider erreicht hat: Bei modernen Heizungen herrscht Kaufzurückhaltung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Weniger Leute investieren in Wärmedämmung, weil man ihnen einredet, das seien Kosten, die sie vermeiden sollten. Der Wirtschaftsminister muss durch das Land reisen und sagen: Wir haben die besten Förderprogramme Europas. Kauft! Investiert! Verbraucht weniger Energie! Das ist der beste Schutz. – Es wäre gut, wenn das nicht nur der Umweltminister täte, sondern auch der Wirtschaftsminister.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es gibt noch weitere Stellen, an denen wir arbeiten können. Nachdem wir uns darauf geeinigt haben, wie die Energieeinsparverordnung für neue Gebäude ab 2009 verschärft wird – es wird ein im Vergleich zu bisher 30 Prozent niedrigerer Energieverbrauch vorgeschrieben –, müssen wir jetzt relativ schnell sagen, was wir ab 2012 wollen. Wir müssen noch einmal um 30 Prozent herunter. Bis 2020 muss der Passivhausstandard in Deutschland der Standard für neue Gebäude werden. Die entsprechende Technologie gibt es.

Fragen Sie einmal einen Menschen, der sein Haus nach dem Passivhausstandard gebaut hat, nach seinen Heizungskosten. Er wird Ihnen antworten, dass er Heizungskosten von 100 Euro pro Jahr hat – pro Jahr, nicht pro Monat! Diese Technologie brauchen die Haushalte. Das Gleiche müssen wir bei den Autos und Elektrogeräten erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Das effizienteste Gerät muss der Standard werden. Es darf kein Gerät mehr verkauft werden, das nicht mindestens so effizient ist wie das beste fünf Jahre zuvor.

(Zuruf von der CDU/CSU: Wenn die Leute es dann noch kaufen können!)

Das ist der beste Weg in diesem Bereich.

Zuletzt möchte ich noch etwas zu der Debatte über die Fotovoltaik sagen. Es ist kein Wunder, dass die großen Energiekonzerne 2004 alle erneuerbaren Energien angegriffen haben, 2008 aber nicht mehr. Denn sie haben gemerkt, dass sie mit Biomasse, Wind, Wasser und Geothermie verdienen können. Nur die Fotovoltaik wird eines Tages die Versicherung des kleinen Mannes gegen steigende Stromtarife sein.

Die Welt hat gegen die Fotovoltaik geschrieben und eine Grafik veröffentlicht, der man allerdings entnehmen konnte, dass in Deutschland der Strom aus einer Fotovoltaikanlage bereits im Jahre 2014 günstiger als der Strom aus der Steckdose sein wird. Dann werden die Leute Fotovoltaikanlagen auch ohne Förderung bauen, um endlich unabhängig von den Preissteigerungen von Eon, RWE und Co. zu werden. Ich freue mich auf diesen Tag.

Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Bevor wir die Aktuelle Stunde fortsetzen, komme ich zurück zu dem Tagesordnungspunkt 5 und gebe das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte Ergebnis der Wahl der Mitglieder des Rundfunkrats der Deutschen Welle bekannt, Drucksache 16/9350.

Abgegebene Stimmkarten 482. Davon waren gültig 479. Für Wolfgang Börnsen haben gestimmt 360 Abgeordnete. Für Fritz Rudolf Körper haben 321 Kollegen gestimmt, für Dr. Uschi Eid 138. Damit stelle ich fest, dass die Abgeordneten Wolfgang Börnsen und Fritz Rudolf Körper als Mitglieder des Rundfunkrats der Deutschen Welle gewählt sind.¹⁾

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir setzen die Aktuelle Stunde fort. Ich erteile dem Kollegen Hans-Kurt Hill für die Fraktion Die Linke das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

¹⁾ Namensverzeichnis der Teilnehmer an der Wahl siehe Anlage 2